

KOMMENTAR VON IRENE BRICKNER

## Hungerkrise als Skandal

27. Juli 2011 21:17

### Die vergangenen 60 Jahre wurden nicht für die

#### Vorsorge genutzt - im Gegenteil

Die Hungersnot am Horn von Afrika ist die schlimmste seit 60 Jahren. Das ist länger, als die meisten Menschen, die Berichte darüber lesen, schon leben. Und sie ist besonders skandalös: Weil die vergangenen 60 Jahre, eine Periode zunehmenden Wohlstands in vielen anderen Teilen der Welt, nicht dazu genutzt wurden, um die Verhältnisse, die zu humanitären Katastrophen wie dieser führen, zu ändern.

Im Gegenteil, die Verhältnisse sind noch ungerechter geworden. Seit geraumer Zeit nimmt die Gefahr von Nahrungsmittelunsicherheit in armen Regionen, wie der jetzt so schwer betroffenen in Ostafrika, wieder zu. Vielfach ist von einer fatalen, schwer aufhaltbaren Entwicklung, ja von heraufdräuenden Kriegen um Rohstoffe und Ressourcen die Rede. Doch die Gründe, die dafür am öftesten genannt werden - Bevölkerungswachstum und Klimaschwankungen - sind nur ein Teil des Problems.

Die anderen Risikofaktoren werden gerne ausgeblendet, ihre Bekämpfung unter Hinweis auf Sachzwänge aufgeschoben - und damit verabsäumt. Die Lage tausender Hungernder in Somalia und den Flüchtlingslagern der Region zeigt, wohin das führt: Von einer Aufwertung von Menschenrechten - auch sozialen, wie jener des Schutzes vor Hunger - ist am 60. Jahrestag der Genfer Flüchtlingskonvention wahrlich nicht die Rede.

Im am schwersten getroffenen Land, Somalia, ist das Hauptproblem politisch: Es fehlt wegen des Bürgerkriegs seit Jahren an einer funktionierenden Regierung und Verwaltung. Zivile Behörden könnten rechtzeitig Maßnahmen gegen drohende Hungerkrisen setzen, etwa indem sie Lebensmittelverteilungen organisieren. Und schwere Hungersnöte kündigen sich über Jahre an: In den betroffenen Gebieten hat es seit fünf Jahren nicht mehr richtig geregnet.

Da ist der Umstand, dass dem Steigen der Lebensmittelpreise, soweit dieses spekulationsbedingt ist, weltweit viel zu wenig entgegengesetzt wird. In Ländern wie Äthiopien mit niedrigsten Durchschnittseinkommen, wo ein hoher Prozentsatz der Kinder als unterernährt gilt, stellen nahrungsbedingte Zusatzausgaben für breite Teile der Bevölkerung ein schier unlösbares Problem dar.

Da ist, nicht zu vergessen, das Landgrabbing, das derzeit auch in Äthiopien um sich greift: Internationale Lebensmittelkonzerne kaufen, getrieben von der Möglichkeit, mit Landwirtschaftsprodukten hohe Renditen einzufahren, fruchtbares Land auf. Felder, die den Einheimischen fehlen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Natürlich ist in diesem Zusammenhang auch die Agrarpolitik der EU zu kritisieren, die europäische Bauern massiv subventioniert, sodass die künstlich billig gemachten Nahrungsmittel in Afrika die lokale Bauernschaft ruinieren. Wie sehr jede auch randstämmige Änderung hier auf Widerstand stößt, zeigt das Beispiel der heimischen Schweinebauern, die sich derzeit massiv gegen die Abschaffung von Schweinekäfigen aus Tierschutzgründen wehren.

Da wäre eine andere, clevere Maßnahme gegen den Hunger wohl leichter zu bewerkstelligen: die Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, also für Projekte, die präventiv gegen Lebensmittelkrisen wirken. Österreich, das die Mittel gerade um ein Drittel gekürzt hat, zeigt hier, wie es nicht geht: kein gutes Omen für die nächsten 60 Jahre. (Irene Brickner/DER STANDARD,

Printausgabe, 28. Juli 2011)

---

© derStandard.at GmbH 2011 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.